

**Der Faschismus an der Macht und der anti-  
faschistische Widerstandskampf 1933 - 1939**

**Serie C:  
Streifzüge  
durch die neuere  
Geschichte**

**17**



**MARXISTISCHE LEHRBRIEFE**

## Inhalt

	Seite
Die Machtergreifung des deutschen Faschismus	1
Die historische Bedeutung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und der Brüsseler Parteikonferenz der KPD	3
Der Kampf der deutschen Antifaschisten unter der Führung der KPD gegen Faschismus und Kriegsvorbereitung	6
Die Berner Konferenz der KPD und der Kampf der deut- schen Arbeiterklasse am Vorabend des zweiten Weltkrieges	10
Anmerkungen	11
Literaturhinweise	12

**Preis DM 1,-**

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M., verantwort-  
lich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi  
Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert  
Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter,  
6 Frankfurt am Main, Hedderheimer Landstr. 78a, Tel.: (0611) 571051.

Druck: H. Zohner, 63 Gießen-Klein-Linden, Hegweg 3

## Die Machtergreifung des deutschen Faschismus

Mit der am 30. Januar 1933 erfolgten Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und der Vereidigung der von ihm „gebildeten“ Regierung auf die Weimarer Verfassung hatte sich in Deutschland nicht nur ein Regierungswechsel vollzogen, sondern dieser Akt vollendete den Übergang von der parlamentarisch-demokratisch verschleierte Form der Herrschaft der Bourgeoisie zur offenen, faschistischen Gewaltherrschaft der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des deutschen Finanzkapitals. Diese Form der Machtausübung entsprach damals am besten den Interessen der Rüstungsindustriellen, Großgrundbesitzer und reaktionären Reichswehrgeneräle. Die sich aus der Schwäche und Zersplitterung der demokratischen Kräfte, vor allem der Arbeiterbewegung, ergebenden Möglichkeit zur Errichtung der faschistischen Diktatur bedeutete für das deutsche Monopolkapital einen Ausweg aus der tiefen innen- und außenpolitischen Krise. Deshalb war die faschistische Machtergreifung keineswegs ein „Betriebsunfall“ hinsichtlich der Form der Machtausübung der deutschen Monopolbourgeoisie, sondern krönte die schon in den letzten Jahren davor systematisch betriebene Aushöhlung und Durchlöcherung der bürgerlichen Demokratie der Weimarer Republik.

Weil der deutsche Faschismus die schärfste Form des Antikommunismus und Antisowjetismus in der Innen- und Außenpolitik verkörperte, fand die Hitlerregierung bei einflußreichen Kreisen des internationalen Finanzkapitals unverhülltes Wohlwollen. Besonders die reaktionären Finanzkreise in England, in Frankreich und in den USA spekulierten darauf, Hitlerdeutschland für ein antisowjetisches Abenteuer und für die Niederschlagung der revolutionären und demokratischen Bewegungen ausnutzen zu können.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hatte bereits lange vor 1933 vor der Gefahr der faschistischen Machtübernahme gewarnt — hier sei nur erinnert an die Losung „Hitler — das ist der Krieg“ — und mit der Politik der „Antifaschistischen Aktion“ 1932 zur Sammlung der Kräfte der Arbeiterklasse aufgerufen. Auch nach der Errichtung der Hitlerdiktatur war sie die einzige politische Partei in Deutschland, die konsequent den Kampf gegen das volksfeindliche faschistische Regime weiterführte. Am 30. Januar 1933 wandte sich das Zentralkomitee der KPD mit einem Angebot zur Aktions-einheit an den Parteivorstand der SPD, in dem es hieß: „Die Kommunistische Partei Deutschlands wendet sich vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit mit diesem Aufruf zugleich an den ADGB, an den AfA-Bund, an die SPD und die christlichen Gewerkschaften mit der Aufforderung, gemeinsam mit den Kommunisten den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur der Hitler, Papen, Hugenberg, gegen die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, für die Freiheit der Arbeiterklasse durchzuführen!“ 1) Verblendet vom Antikommunismus und befangen in der Auffassung, daß die faschistische Herrschaft nur von kurzer Dauer sein würde, lehnte der Parteivorstand der SPD dieses Angebot ab, wie er auch alle vorhergehenden abgelehnt hatte. Ungeachtet dessen kam es in vielen Teilen Deutschlands dennoch zu gemeinsamen Aktionen von Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilosen Gewerkschaftern. In Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen, die fast in allen größeren

Städten Deutschlands stattfanden, brachten die Werktätigen ihren Protest gegen die Hitler-Papen-Hugenberg-Diktatur zum Ausdruck: in diesen Aktionen zeigte sich, daß ein großer Teil der Sozialdemokraten und Gewerkschafter bereit war, an der Seite der Kommunisten den Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen. Sie warteten jedoch vergeblich auf das Signal zum Generalstreik. Obwohl dem Parteivorstand der SPD die Stimmung der Massen bekannt war, setzte er seine Politik des Stillhaltens und Abwartens fort. Diejenigen sozialdemokratischen Führer, die für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten eintraten, konnten sich nicht durchsetzen. Das Fehlen der Aktionseinheit der Arbeiterklasse war auch ausschlaggebend dafür, daß es nicht zu einer Verständigung und zum gemeinsamen Handeln der Hitlergegner aller sozialen Schichten und politischen Richtungen kam. So konnten die Faschisten fast ungehindert den Terror gegenüber ihren politischen Gegnern ausüben.

Unter diesen Bedingungen war eine weitere legale Tätigkeit der KPD nicht mehr möglich. Sie war gezwungen, ihre Kampfpolitik schnellstens den neuen Bedingungen anzupassen und ging organisiert in die Illegalität. Auf der illegalen Tagung des ZK der KPD am 7. Februar 1933 im Sporthaus Ziegenhals bei Zeuthen (im südlichen Randgebiet von Berlin) zog Ernst Thälmann — knapp vier Wochen vor seiner Verhaftung — die Schlußfolgerungen aus der neuen Lage. Er warnte vor jeglichen Illusionen hinsichtlich eines baldigen Zusammenbruchs der Hitlerdiktatur und schlug ein Kampfprogramm vor, das vorsah, die Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der Werktätigen mit dem politischen Kampf gegen die faschistische Diktatur zu verbinden und jegliche Form des illegalen antifaschistischen Kampfes, bis hin zum Massenwiderstand, anzuwenden.

Die faschistische Herrschaft stellte die KPD vor die größte Bewährungsprobe in ihrer Geschichte. Bereits in den Jahren 1933/1934 waren etwa 2000 Funktionäre und Mitglieder der KPD von den Faschisten ermordet und mehr als 60 000 Kommunisten in Konzentrationslager und Zuchthäuser verschleppt worden.

Am 22. Juni 1933 verbot die Hitlerregierung der Sozialdemokratie jegliche politische Betätigung. Der nach Prag emigrierte Parteivorstand veröffentlichte im Januar 1934 ein Manifest unter dem anspruchsvollen Titel „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus“, in dem er zu den Ergebnissen von 14 Jahren sozialdemokratischer Politik in der Weimarer Republik Stellung nahm. Dieses Manifest war Ausdruck der tiefen Krise, in die der Reformismus der Sozialdemokratie geraten war, und ein indirektes Eingeständnis des Bankrotts der SPD-Politik. Es enthielt die Erkenntnis, daß es für ein künftiges neues Deutschland notwendig sei, „den Staatsapparat in ein Herrschaftsinstrument der Volksmassen zu verwandeln“<sup>2)</sup> und den alten politischen Apparat zu zerschlagen. Es folgten eine Reihe von Forderungen, die auf die Entmachtung der reaktionärsten Kreise der Großbourgeoisie hielten, sowie Schlußfolgerungen für eine selbständige, antifaschistische Arbeiterpolitik. Diese Erkenntnisse wurden jedoch nicht zur Grundlage der weiteren Politik des Parteivorstandes der SPD gemacht. Einige der maßgeblichen Führer der SPD rückten sogar schon wenig später offen von den

**Grundgedanken des Manifestes ab. Dies kam besonders in der weiteren hartnäckigen Ablehnung jeglichen Zusammengehens mit der KPD zum Ausdruck.**

**Für die Ausarbeitung der weiteren Strategie und Taktik des Klassenkampfes gegen Faschismus und Imperialismus war es vor allem notwendig, die Umstände zu analysieren, unter denen der Faschismus in Deutschland zur Macht kommen konnte, und Antwort darauf zu geben, mit welchen Kräften das Hitlerregime gestürzt werden konnte und welchen Charakter der zukünftige deutsche Staat haben sollte. Eine der Kernfragen dabei war die Frage nach dem Klassencharakter des Faschismus, weil von der Klärung dieser Frage die Gewinnung der für diesen Kampf notwendigen Bündnispartner der Arbeiterklasse abhing.**

## **Die historische Bedeutung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und der Brüsseler Parteikonferenz der KPD**

**Nach gründlicher Vorbereitung durch die leitenden Organe der Kommunistischen Internationale und der einzelnen kommunistischen Parteien tagte im Juli/August 1935 in Moskau der VII. Weltkongreß der KI. Er hatte die Aufgabe, die bedeutenden Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis zu analysieren, die in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre eingetreten waren, sowie die notwendigen Schlußfolgerungen aus dem internationalen Vordringen des Faschismus und der damit verbundenen Vergrößerung der Kriegsgefahr zu ziehen.**

**Große Aufmerksamkeit widmete der VII. Weltkongreß der Entlarvung des Klassencharakters und des Wesens des Faschismus allgemein und des deutschen Faschismus als seiner krassesten Form im besonderen. Georgi Dimitroff charakterisierte den Faschismus folgendermaßen: „Der Faschismus an der Macht . . . ist . . . die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“<sup>3)</sup> Diese Definition deckte den Klassencharakter und die Hauptfunktion der faschistischen Diktatur auf und richtete sich zugleich gegen die besonders von sozialdemokratischen Führern vertretene Auffassung, daß der Faschismus seinem Wesen nach eine kleinbürgerliche radikalistische Bewegung sei.**

**Diese Auffassung findet sich auch noch heute in der bürgerlichen Geschichtsliteratur. Eine solche Auffassung kann angesichts der vielfach erwiesenen Schuld der reaktionärsten Kreise des deutschen Monopolkapitals in unserer Zeit nur ein Ziel verfolgen: Die Männer von Kohle und Stahl, die Herren der Chemie- und Elektrokonzerne, die Hitler und seine Paladine an die Macht brachten, reinzuwaschen und schließlich sogar zu Opfern des faschistischen Systems zu erklären.**

**Im Referat Georgi Dimitroffs wurden die Ursachen des Sieges des Faschismus in einigen Ländern, vor allem in Deutschland, analysiert. Er wies dar-**

auf hin, daß der Faschismus vor allem deshalb zur Macht kommen konnte, „weil die Arbeiterklasse durch die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, die von den Führern der Sozialdemokratie betrieben wurde, gespalten, gegenüber der angreifenden Bourgeoisie politisch und organisatorisch entwaffnet war“ 4). Die kommunistischen Parteien allein waren nicht stark genug, „um ohne und gegen die Sozialdemokratie“ die Massen zum entscheidenden Kampf gegen den Faschismus zu mobilisieren. Eine weitere Ursache bestand darin, daß die gesplante Arbeiterklasse nicht in der Lage war, ein festes Bündnis mit allen anderen antifaschistisch-anti-imperialistischen Kräften herzustellen. Daß die faschistische Bewegung zurückgeschlagen werden kann, hatten vor allem die französischen Werktätigen unter Führung der FKP und der einheitlich handelnden Arbeiterklasse im Februar 1934 bewiesen. Aus all dem zog der VII. Weltkongreß die Schlußfolgerung, daß der Sieg des Faschismus keineswegs eine Gesetzmäßigkeit des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus darstellt, sondern daß er hätte verhindert werden können und in anderen Ländern zu verhindern ist.

Der VII. Weltkongreß entwickelte die Grundzüge einer Strategie und Taktik, die den einzelnen kommunistischen Parteien halfen, eine der Situation im jeweiligen Land entsprechende Politik auszuarbeiten. Vor allem Georgi Dimitroff begründete in seinem Referat die Notwendigkeit, als wichtigste Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen Faschismus, Imperialismus und Krieg die Einheitsfront der Arbeiterklasse zu schaffen und alle demokratischen Kräfte in der antifaschistischen Volksfront zusammenzuschließen.

Der Kongreß zeigte der internationalen Arbeiterklasse, mit welchen Formen und Methoden unter den gegebenen Bedingungen der Kampf um die Eroberung der politischen Macht geführt werden mußte. Er orientierte die kommunistischen Parteien auf die Anwendung der Leninschen Lehre von der demokratischen und sozialistischen Revolution und besonders auf die Notwendigkeit der Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten der Werktätigen und ihrer sozialen Interessen gegen die Angriffe des Monopolkapitals. In den Ländern, in denen es dem Faschismus gelungen war, seine blutige Herrschaft zu errichten, stand die Aufgabe, diese zu stürzen und eine antiimperialistische Demokratie zu erkämpfen. Im Kampf um die Verteidigung oder Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse sah die Komintern die beste Möglichkeit, die Völker vor Faschismus und Krieg zu retten. Dies war auch der Weg, die eigenen Klassenkräfte zu sammeln und sie auf den Kampf um die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse vorzubereiten.

Wie in ihrer gesamten Tätigkeit, widmete die Komintern auch auf dem VII. Weltkongreß dem Kampf um die Erhaltung des Friedens große Aufmerksamkeit. Der Kongreß warnte die Völker eindringlich vor der Gefahr eines — vor allem vom deutschen Faschismus — drohenden neuen imperialistischen Raubkrieges. Daraus ergab sich als vordringlichste Aufgabe für alle Kommunisten, den Kampf um die Erhaltung des Friedens und zur Verteidigung der Sowjetunion zu verstärken. In seinem Referat zu diesem

Punkt der Tagesordnung erklärte Palmiro Togliatti: „Es kann für niemanden Zweifel darüber bestehen, daß der kommende Krieg, selbst wenn er als Krieg zwischen zwei imperialistischen Großmächten oder als ein Krieg irgendeiner Großmacht gegen ein kleines Land beginnt, zwangsläufig die Tendenz haben wird, sich zu verbreitern, und unbedingt auf einen Krieg gegen die Sowjetmacht hinauslaufen wird.“<sup>5)</sup>

Von den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Komintern sowie von den eigenen und den Erfahrungen der kommunistischen Bruderparteien ausgehend, erarbeitete die Kommunistische Partei Deutschlands auf ihrer Parteikonferenz im Oktober 1935, die als Brüsseler Konferenz bekannt wurde, ihre Strategie und Taktik für den Kampf zum Sturz der Hitlerdiktatur und für die Errichtung eines demokratischen deutschen Staates. Sie gab Antwort auf die Frage, wie die deutsche Arbeiterklasse, verbündet mit den anderen werktätigen Schichten, die Herrschaft des faschistischen Imperialismus stürzen und die politische Macht erobern konnte. Auf der Grundlage der Referate von Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin, Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Franz Dahlem wurden im Verlaufe einer sehr gründlichen und kritischen Diskussion, an der sich vor allem auch Funktionäre beteiligten, die unter den Bedingungen tiefster Illegalität im Lande selbst kämpften, die bisherige Politik der Partei einer Prüfung unterzogen und dogmatische und sektiererische Ansichten und Hemmnisse in der Parteiführung überwunden.

Die Brüsseler Konferenz nahm eine gründliche Analyse der Lage und der Klassenkräfte in Deutschland vor und kam zu der Schlußfolgerung, daß die Aufgabe, den Hitlerfaschismus zu stürzen, nicht durch den Kampf um die sofortige Errichtung der Diktatur des Proletariats zu lösen war. Die Konferenz orientierte deshalb darauf, die friedliebenden und demokratischen Kräfte aus allen Schichten des Volkes im Kampf um das nächstliegende Ziel, den Sturz des Hitlerregimes und die Verhinderung des Krieges, zu vereinigen. In der Resolution der Konferenz wurde als die „zentrale Aufgabe der nächsten Zukunft“ formuliert: „die Herstellung der Aktions-einheit aller Teile der deutschen Arbeiterklasse und die Schaffung der antifaschistischen Volksfront aller Werktätigen zum Kampf gegen die faschistische Diktatur und für ihren Sturz“.<sup>6)</sup> Damit richtete sich der Hauptstoß des Kampfes nicht schlechthin gegen die Bourgeoisie als Ganzes, sondern gegen die reaktionärste und aggressivste Gruppierung des deutschen Monopolkapitals und ihr ausführendes Organ, die Hitlerregierung. Daraus folgte weiterhin, daß die nach dem Sturz des Faschismus zu bildende Regierung nur eine Koalitionsregierung der verschiedenen politischen Richtungen der Arbeiterklasse oder der antifaschistisch-demokratischen Kräfte des ganzen Volkes sein konnte, d.h. eine Einheitsfront- oder Volksfrontregierung. Die zu erkämpfende antifaschistisch-demokratische Ordnung mußte auf der vollständigen politischen und ökonomischen Entmachtung der Naziaktivisten und ihrer Hintermänner in Staat und Wirtschaft beruhen.

Diese notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen konnten nur unter der Führung der einheitlich handelnden Arbeiterklasse gesichert werden. Deshalb war die entscheidende Frage im Kampf um die Schaffung der anti-

faschistischen Volksfront die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Wilhelm Pieck erklärte hierzu: Solange es nicht gelungen sei, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu schaffen, „wird die Arbeiterklasse für die Mittelschichten nicht der Magnet sein, der sie anzieht, wird die Arbeiterklasse nicht die Kraft sein, auf die sie sich orientieren . . .“ 7)

Das Kernproblem bei der Herstellung der Aktionseinheit der gesamten Arbeiterklasse war nach wie vor die Aktionseinheit zwischen der KPD und der SPD. Deshalb verpflichtete die Brüsseler Konferenz alle Parteiorganisationen und jeden einzelnen Kommunisten, alle Anstrengungen zu unternehmen, diese Aktionseinheit überall, in jeder Stadt, jedem Betrieb und jedem Dorf herzustellen. Der gemeinsame Kampf sollte um solche Forderungen geführt werden, über die grundsätzliche Übereinstimmung bestand. Gleichzeitig sollten die Bemühungen zur Gewinnung der Massen der parteilosen, christlich eingestellten und auch der in die faschistischen Massenorganisationen eingegliederten Arbeiter und Angestellten verstärkt fortgeführt werden.

Von großer Bedeutung für die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterklasse und der antifaschistischen Volksfront waren die von der KPD erarbeiteten Vorschläge zur Bildung einheitlicher freier Gewerkschaften und einer einheitlichen Jugendorganisation. Als Perspektive der sich im gemeinsamen Kampf festigenden Aktionseinheit beider Arbeiterparteien sah die Brüsseler Konferenz schließlich die politische und organisatorische Vereinigung, die Schaffung einer revolutionären Einheitspartei der Arbeiterklasse, die allerdings erst nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus im April 1946 in Gestalt der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Wirklichkeit wurde.

Mit der einstimmigen Annahme dieser Generallinie der Partei, die in der Resolution „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen für den Sturz der Hitlerdiktatur“ niedergelegt war, brachte die KPD zum Ausdruck, daß sie sich ihrer Verantwortung für das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes voll bewußt war. Wilhelm Pieck bezeichnete in seinem Schlußwort die Resolution der Brüsseler Konferenz als „das bedeutendste Dokument, das die Partei bisher geschaffen hat.“ 8)

## **Der Kampf der deutschen Antifaschisten unter der Führung der KPD gegen Faschismus und Kriegsvorbereitung**

Nach der Brüsseler Konferenz der KPD, Ende 1935 / Anfang 1936, war ein Aufschwung des antifaschistischen Kampfes in Deutschland zu verzeichnen. Angesichts des verstärkten aggressiven Auftretens des deutschen Faschismus in der internationalen Arena und der unmittelbaren Kriegsvorbereitung konzentrierte die von der KPD geführte Widerstandsbewegung ihre Aktivität besonders auf die Rüstungsbetriebe. In einer großen Anzahl illegaler Zeitungen, Broschüren und Flugblätter sowie im „Deutschen Freiheitssender 29,8“ enthüllte die KPD den antinationalen und volksfeindlichen

Charakter der faschistischen Innen- und Außenpolitik und rief unermüdlich zum Zusammenschluß aller Hitlergegner auf. Die KPD trat konsequent für die Sicherung des Friedens ein und unterstützte die von der Sowjetunion betriebene Politik zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa. In einer Reihe wichtiger Betriebe, z.B. im Berliner Siemens-Werk, auf vier Zechen in Wanne-Eickel und bei der Adam Opel AG in Rüsselsheim, kam es zu Streiks und anderen Protestaktionen der Arbeiter gegen die verstärkte Ausbeutung, gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Unternehmerwillkür. In Verbindung mit dem Protest gegen das faschistische „Führer- und Gefolgschaftsprinzip“ in den Betrieben gestalteten sich diese Streiks zu politischen Demonstrationen gegen das faschistische Regime.

Ungeachtet der persönlichen Gefahren, die sie damit auf sich nahmen, unterstützten Kommunisten gemeinsam mit Sozialdemokraten und anderen Hitlergegnern Angehörige von politischen Gefangenen und religiös und rassistisch Verfolgte. Viele Antifaschisten konnten unter Ausnutzung der von der KPD geschaffenen Verbindungswege ins Ausland dem Zugriff der braunen Schergen entzogen werden. In einer Reihe von Betrieben, z.B. im Berliner und Wuppertaler Raum, gelang es, unter Ausnutzung der sich in den faschistischen Massenorganisationen bietenden Möglichkeiten Gruppen der freien Gewerkschaften wiederaufzubauen, in denen Kommunisten, Sozialdemokraten, Angehörige der von den Faschisten aufgelösten freien und christlichen Gewerkschaften, Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront und Vertrauensleute zusammenzuarbeiten. Es gelang jedoch nicht, diesen lokalen Ansätzen zur Verwirklichung der Einheitsfront einen größeren Raum zu geben.

In Deutschland wie auch in verschiedenen Emigrationsländern, vor allem in Frankreich und Skandinavien, konnte die KPD Fortschritte und bestimmte Erfolge in ihrer Einheitsfront- und Volksfrontpolitik erzielen. In den Jahren 1936 bis 1939 kämpften über 5000 deutsche Kommunisten, Sozialdemokraten, parteilose Arbeiter, Angestellte und Intellektuelle in den internationalen Brigaden an der Seite des spanischen Volkes gegen den internationalen Faschismus. Mehr als die Hälfte von ihnen gaben ihr Leben für die Freiheit Spaniens und des eigenen Landes. In Spanien entstanden die ersten bewaffneten Formationen der sich herausbildenden antifaschistischen deutschen Volksfront. Legendären Ruhm erwarben sich das Thälmann-Bataillon und solche Kämpfer wie Hans Beimler, Artur Becker und andere.

Unter dem Einfluß der Erfahrungen des französischen und des spanischen Volkes bei der Verwirklichung der Volksfrontpolitik kam es Anfang 1936 zur Bildung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront in Paris, in dem unter dem Vorsitz Heinrich Manns Kommunisten, Sozialdemokraten, parteilose Angehörige der Intelligenz und bürgerliche Politiker zusammenarbeiteten. Die Führung der KPD legte dem Ausschuß im Juni 1936 „Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform der deutschen Volksfront“ vor. In diesen Richtlinien entwickelte die KPD ein Aktionsprogramm zum Sturz der faschistischen Diktatur und verfassungsmäßige Grundsätze einer neuen deutschen demokratischen Republik. Als

Aufgaben der deutschen Volksfront wurden in diesen Richtlinien vorgeschlagen: „Rettung Deutschlands vor der herannahenden Kriegskatastrophe, Auslöschung der Schande der faschistischen Barbarei, Sturz der undeutschen, faschistischen Diktatur Hitlers, Errichtung und Sicherung einer demokratischen Republik, eines freien und glücklichen Deutschlands.“<sup>9)</sup> Es begann sich eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Antifaschisten verschiedener Richtungen anzubahnen, die auf dem gemeinsamen Interesse am Sturz der Hitlerdiktatur und an der Erhaltung des Friedens beruhte.

Als der deutsche faschistische Imperialismus mit der systematischen Verwirklichung seiner aggressiven Pläne begann und im März 1936 die entsprechend dem Versailler Vertrag entmilitarisierte Zone des Rheinlandes besetzte, richteten der Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid, der bürgerliche Patriot Heinrich Mann und der Kommunist Walter Ulbricht eine Botschaft an das deutsche Volk, in der es hieß: „Es ist nicht zu spät, das drohende Unheil eines neuen entsetzlichen Krieges zu verhindern, wenn sich alle Friedenskräfte zur Erreichung dieses Zieles vereinen.“<sup>10)</sup>

Im Dezember 1936 veröffentlichte der Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront einen „Aufruf für die deutsche Volksfront. Für Frieden, Freiheit und Brot!“ Er hatte programmatischen Charakter und basierte auf dem Manifest der Brüsseler Parteikonferenz der KPD und den „Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform der deutschen Volksfront“. Er löste besonders unter der deutschen antifaschistischen Emigration ein lebhaftes Echo aus und fand die Zustimmung der besten Vertreter des deutschen Geisteslebens. Über das Wesen der Volksfront wurde in diesem Aufruf gesagt, daß diese keine neue Partei sein soll, sondern ein Bund all derer, die entschlossen sind, ihre Kraft für Freiheit und Wohlstand des deutschen Volkes einzusetzen. In dem Aufruf bekannten sich die Unterzeichner, zu denen neben Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und anderen führenden Vertretern der KPD auch Rudolf Breitscheid und andere Sozialdemokraten gehörten, zu der gemeinsamen Aufgabe, nach dem Sturz des Hitlerregimes eine antifaschistisch-demokratische Republik zu errichten, in der die Macht der Rüstungsmonopole, Banken, Junker und Militaristen gebrochen werden und das Volk selbst über sein Schicksal bestimmen sollte.

Die Volksfrontpolitik der KPD und ihre ersten Erfolge in der Emigration hatten auch sichtbare Auswirkungen in Deutschland selbst. Eine Delegation von Sozialdemokraten aus Berlin fuhr im Februar 1937 nach Prag, um dem sozialdemokratischen Emigrationsvorstand den Entwurf eines Volksfrontprogramms zu überbringen, der in seiner Grundlinie mit dem Aufruf des Pariser Ausschusses vom Dezember 1936 übereinstimmte. Auch aus anderen Gegenden Deutschlands sind Aufrufe und Flugblätter von Volksfrontgruppen und -ausschüssen bekannt, so der „Rheinische Freiheitsbrief der deutschen Volksfront“ vom Oktober 1937, der an die Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront gerichtet war. Ein Flugblatt der Saar-Volksfront vom Dezember 1937 wandte sich an die Bauern des Saargebietes. Ähnliche Aufrufe zur Bildung der Einheits- und Volksfront sind aus Rheinland-Westfalen und mehreren Großstädten bekannt.

Das Zentralkomitee der KPD ließ nichts unversucht, um auch mit dem so-

zialdemokratischen Emigrationsvorstand zu zentralen Einheitsfrontabkommen zu gelangen. Bereits am 10. November 1935, kurz nach Beendigung der Brüsseler Konferenz, richtete das ZK der KPD einen entsprechenden Brief an den PV der SPD. Walter Ulbricht und Franz Dahlem führten im Auftrag des ZK der KPD in Prag Verhandlungen mit den Mitgliedern des sozialdemokratischen Parteivorstandes Hans Vogel und Friedrich Stampfer. In diesen Verhandlungen, die am 23. November 1935 in Prag stattfanden, begründeten die Vertreter der KPD noch einmal ausführlich die Beweggründe und Einheitsfrontvorschläge ihrer Partei. Die KPD erklärte ihre Bereitschaft, im Interesse der lebensnotwendigen Aktionseinheit beider Parteien alle Meinungsverschiedenheiten der Vergangenheit zurückzustellen. Die Vertreter der Sozialdemokratie lehnten auch diesmal alle KPD-Vorschläge ab, wobei sie unter Entstellung der Tatsachen behaupteten, daß die Sozialdemokratie in Deutschland selbst ein Zusammengehen mit den Kommunisten ablehnen würden.

Ein weiteres ihrer Argumente war, daß durch ein Abkommen zwischen der KPD und dem SPD-Vorstand bürgerliche und andere Kräfte von der SPD abgestoßen würden. Diese Haltung machte deutlich, daß sich die rechten Kräfte in der SPD-Führung auch weiterhin auf politische Kreise außerhalb der Arbeiterbewegung orientierten. Im Gegensatz dazu wuchs bei einer großen Anzahl von sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären die Erkenntnis, gemeinsam den Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu führen. Besonders nach der Brüsseler Konferenz schlossen sozialdemokratische Gruppen, die in vielen Teilen Deutschlands widererstanden waren, Aktionsvereinbarungen mit KPD-Parteiorganisationen und Widerstandsorganisationen ab.

Mit der Okkupation Österreichs im März 1938, der Angliederung des Sudetengebietes im Herbst 1938, die mit Zustimmung der englischen und der französischen Regierung sowie des faschistischen Italiens vorgenommen wurde (Münchener Abkommen) und schließlich der Besetzung der gesamten Tschechoslowakei im März 1939 schuf sich das deutsche Monopolkapital eine maximale Ausgangsbasis für die Entfesselung des zweiten Weltkrieges. Dadurch rückte der Kampf um die Erhaltung des Friedens immer zwingender in den Mittelpunkt der Einheits- und Volksfrontpoliti. Ungeachtet der antikommunistischen Position der Mehrheit der sozialdemokratischen Führer rief die KPD alle Sozialdemokraten und Antifaschisten dazu auf, sich zusammenzuschließen, um der Kriegsvorbereitung Einhalt gebieten zu können. Gemeinsam mit den kommunistischen Bruderparteien in den vom Faschismus überfallenen oder bedrohten Ländern wandte sich die KPD, die in dieser Situation das Gewissen des ganzen Volkes verkörperte, an die Weltöffentlichkeit. Sie prangerte in ihren Aufrufen das verbrecherische Wesen des Hitlerfaschismus und sein Bündnis mit Mussolini-Italien und dem bis an die Zähne bewaffneten japanischen feudalen Militarismus an.

Die chauvinistische Verhetzung des Volkes erreichte 1938 ihren Höhepunkt. Auf Geheiß Hitlers schalteten Rundfunk und Presse von der bisher betriebenen Friedenspropaganda um auf eine neue Welle. Millionen Deutscher sollte eingetrichtert werden, daß nun die Anwendung militärischer

Gewalt gerechtfertigt und der Ausbruch eines Krieges fast unvermeidbar sei. Zur ideologischen und psychologischen Kriegsvorbereitung gehörten auch die Hetze und der Terror gegen die jüdische Bevölkerung. Mit der berühmtesten „Kristallnacht“ (9./10. Nov. 1938) erreichte dieser Terror ein bisher nicht gekanntes Ausmaß. In der Erklärung „Gegen die Schmach der Judenprogrome“ entlarvte die KPD den Zweck der Judenhetze und erklärte: „Es sind nicht die Juden, die . . . den Frieden gefährden und Deutschland in einen neuen Weltkrieg treiben. Es sind die Krupp, Thyssen, Mannesmann, Flick u.a., die alten imperialistischen Verderber Deutschlands, die Kriegsgewinnler vom letzten Weltkrieg, die Inflationsgewinnler in der Republik, die Rüstungsgewinnler von heute, in deren Auftrag Hitler bereit ist, das deutsche Volk wieder in einem Krieg hinzuopfern.“ 11)

## **Die Berner Konferenz der KPD und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse am Vorabend des zweiten Weltkrieges**

In dieser Situation höchster Zuspitzung der internationalen Widersprüche und größter Kriegsgefahr führte die KPD vom 30. Januar bis 1. Februar 1939 in Draveil bei Juvisy an der Seine, südlich von Paris, eine erweiterte Sitzung des Zentralkomitees durch, die als Berner Konferenz in die Geschichte eingegangen ist. An der Konferenz nahmen 12 der 15 Mitglieder und 3 Kandidaten des ZK, darunter die Abschnittsleiter für Berlin und Wasserkante, weiter die Abschnittsleiter für Mittelrhein, Saargebiet, Süd und West, weitere Beauftragte der Abschnittsleitungen, Jugendvertreter, je ein Vertreter der Zeitung „Die Rote Fahne“ und der Zeitschrift der KPD, „Internationale“, sowie Johann Koplenig als Vertreter der Kommunistischen Partei Österreichs teil. In den Referaten, Diskussionsbeiträgen und in den Beschlüssen der Konferenz wurden die von der Brüsseler Konferenz beschlossene Strategie und Taktik des Kampfes gegen Faschismus und Krieg, für die Errichtung eines neuen antifaschistischen Deutschlands weiterentwickelt und die seitdem gesammelten Erfahrungen im Ringen um die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterklasse und der antifaschistischen Volksfront verallgemeinert, Wilhelm Pieck erklärte in seinem Referat, daß es angesichts der akuten Kriegsgefahr notwendiger denn je sei, die Aktions-einheit aller Kräfte der deutschen Arbeiterklasse und die Volksfront aller sich in Opposition zum Hitlerregime befindlichen Kräfte des deutschen Volkes zu schaffen. Um diese Ziele zu erreichen, beschloß die Berner Konferenz ein Programm für ein neues demokratisches Deutschland, in dem auch die Vorstellungen anderer Hitlergegner, wie sie im Manifest des Prager Emigrationsvorstandes der Sozialdemokratie und in den Diskussionen des Pariser Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront zum Ausdruck gekommen waren, berücksichtigt wurden.

In der neuen Republik mußten im Gegensatz zur Weimarer Republik die Macht vom Imperialismus und Militarismus gebrochen und ihr Einfluß auf die Politik beseitigt werden. Die geeinte Arbeiterklasse sollte im Bündnis mit den Bauern, den städtischen Mittelschichten und der Intelligenz die Macht ausüben. Durch die Verwirklichung der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse sollten unter der

Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei die politischen, ökonomischen und geistig-kulturellen Voraussetzungen für den späteren Übergang zum Sozialismus geschaffen werden. Eine der wichtigsten Aufgaben sah die Konferenz in einer grundlegenden Demokratisierung des gesamten Staatsapparates. Die Konferenz orientierte auf die Notwendigkeit einer neuen deutschen Außenpolitik im Geiste des Friedens und der Völkerfreundschaft, insbesondere der engen freundschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Die KPD war sich darüber im klaren, daß die sozialen und politischen Umwälzungen nach dem Sturz des Faschismus nur unter der Führung einer einheitlichen, revolutionären Arbeiterpartei gesichert werden konnten. Unter Berufung auf die Vorschläge vieler Kommunisten und Sozialdemokraten, die im gemeinsamen Widerstandskampf die Spaltung faktisch bereits zu überwinden begannen, stellte die KPD auf der Berner Konferenz vor der gesamten deutschen Arbeiterklasse die Frage nach der Schaffung einer sozialistischen Einheitspartei. Die Konferenz beschloß ferner eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der politischen und organisatorischen Arbeit der Partei und wählte ein neues Zentralkomitee. Wilhelm Pieck wurde für die Zeit der Kerkerhaft Ernst Thälmanns als Vorsitzender der Partei wiedergewählt.

Die Beschlüsse der Berner Konferenz wiesen allen Kommunisten den Weg und die Möglichkeiten des Kampfes gegen die Kriegsvorbereitung des deutschen Faschismus, für seinen Sturz und für die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Deutschland. Mit den Beschlüssen der Brüsseler und der Berner Konferenz hatte die KPD als einzige organisierte gesellschaftliche Kraft in Deutschland allen Antifaschisten und Hitlergegnern ein reales Programm des Kampfes gegen die Hitlerdiktatur, für ein neues demokratisches Deutschland gewiesen.

## Anmerkungen

- 1) Zit. in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Band 5, Berlin 1966, S. 13.
- 2) Ebenda, S. 459.
- 3) Pieck/Dimitroff/Togliatti, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus. Referate auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale (1935), Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M., 1971, S. 75.
- 4) Ebenda, S.
- 5) Ebenda, S.
- 6) Wilhelm Pieck, Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur (Referat und Schlußwort auf der Brüsseler Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, Oktober 1935), Berlin 1957, S. 151.

- 7) Ebenda, S. 118.
- 8) Ebenda, S. 140.
- 9) Vgl. Die Internationale, Nr. 1/2, Jg. 1937, S. 75.
- 10) Vgl. Die Rote Fahne, 1936, Nr. 4, S. 1.
- 11) Zit. in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Band 5, S. 510.

## **Literaturhinweise**

**Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 5 (von Januar 1933 bis Mai 1945, Berlin 1966.**

**Horst Laschitzka / Siegfried Vietzka: Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1933 — 1945. Mit einem Dokumentenanhang. Berlin 1964.**

**Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Herausgegeben und eingeleitet von Lothar Berthold und Ernst Diehl. Berlin 1964.**

**Pieck/Dimitroff/Togliatti: VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationalen — Referate — Aus der Diskussion — Schlußwort — Resolutionen. Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt am Main 1971.**

**Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur. Referat und Schlußwort auf der Brüsseler Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, Oktober 1935. Berlin 1960.**

**Wilhelm Pieck: Im Kampf um die Arbeitereinheit und die deutsche Volksfront 1936 — 1938. Berlin 1955.**

**Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Band II: 1933 — 1946. Berlin 1963.**

**ders.: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Band II: 1933 — 1946, Zusatzband. Berlin 1966.**

**ders.: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Band II: 1933 — 1946, 2. Zusatzband. Berlin 1968.**

**Wolfgang Abendroth: Historische Funktion und Umfang des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen das Dritte Reich. In: Festschrift für Otto Brenner zum 60. Geburtstag. Frankfurt/M. 1937, S. 307 ff.**

**Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Hrsg. v. Werner Berthold, Gerhard Lozek, Helmut Meier und Walter Schmidt. Köln 1970 (2. Auflage 1971).**

2. Die reaktionärste Abart des Faschismus – das ist der Faschismus deutschen Schlages, der sich dreist als Nationalsozialismus bezeichnet, der aber weder mit dem Sozialismus noch mit der Verteidigung der wirklichen nationalen Interessen des deutschen Volkes irgend etwas gemein hat, sondern lediglich die Rolle eines Lakaien der Großbourgeoisie spielt, und der kein bloßer bürgerlicher Nationalismus, sondern bestialischer Chauvinismus ist.

Vor den Augen der ganzen Welt zeigt das faschistische Deutschland anschaulich, was die Volksmassen bei einem Siege des Faschismus zu gewärtigen haben. Das rasende faschistische Regime rottet in den Gefängnissen und Konzentrationslagern die Blüte der Arbeiterklasse, ihre Führer und Organisatoren aus. Es hat die Gewerkschaften, die Genossenschaften und alle legalen Organisationen der Arbeiter, auch alle anderen nicht-faschistischen politischen und kulturellen Organisationen vernichtet. Es hat den Arbeitern die elementarsten Rechte der Verteidigung ihrer Interessen geraubt. Es hat ein kulturell hochstehendes Land in geistige Finsternis gestürzt und in einen Herd der Barbarei und des Krieges verwandelt. Der deutsche Faschismus ist der Hauptansteller eines neuen imperialistischen Krieges und tritt als Stoßtrupp der internationalen Konterrevolution auf.

3. Der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale unterstreicht die wachsende Gefahr des Faschismus in allen kapitalistischen Ländern und warnt vor jeder Unterschätzung der faschistischen Gefahr. Der Kongreß verwirft auch die fatalistischen Anschauungen von der Unvermeidlichkeit des Sieges des Faschismus; diese Anschauungen sind grundfalsch, sie können nur Passivität erzeugen und den Massenkampf gegen den Faschismus schwächen. Die Arbeiterklasse kann den Sieg des Faschismus verhindern, wenn sie ihre Kampfeinheit verwirklicht und durch rechtzeitige Entfaltung ihrer Kampfaktionen nicht zuläßt, daß der Faschismus erstarkt, wenn sie es dank einer richtigen revolutionären Führung versteht, die breiten Schichten der Werktätigen in Stadt und Land um sich zu scharen.

5. Im Zusammenhang mit dem Sieg des Faschismus in Deutschland und dem Anwachsen der faschistischen Gefahr in den anderen Ländern verschärfte und verschärft sich der Klassenkampf des Proletariats, das immer mehr zum entschiedenen Widerstand gegen die faschistische Bourgeoisie übergeht. In allen kapitalistischen Ländern entfaltet sich die Einheitsfrontbewegung gegen die Offensive des Kapitals und des Faschismus. Die Entfesselung des nationalsozialistischen Terrors in Deutschland hat den stärksten Anstoß auch zur internationalen Einheitsfront des Proletariats gegeben. (Der Leipziger Prozeß – die Kampagne für die Freilassung Dimitroffs und seiner Genossen, die Verteidigung Thälmanns usw.)

*Aus dem Aufruf der KPD „Wir Kommunisten und die deutsche Nation“,  
verfaßt nach der Berner Parteikonferenz der KPD 1939*

Die Nazis versuchen uns deutsche Kommunisten als Feinde der Nation zu denunzieren. Sie wollen damit einen Keil zwischen die revolutionären Arbeiter und die übrigen Deutschen treiben, um den Zusammenschluß des ganzen Volkes gegen die Hitlerdiktatur zu verhindern. Darum wollen wir in unserem heutigen Vortrag die Stellung der deutschen Kommunisten zur Nation auch allen jenen klarmachen, die noch die Naziverleumdungen glauben.

Wir deutschen Kommunisten lieben unser Deutschland, wir sind stolz, Deutsche zu sein, deshalb sind wir die Todfeinde des Hitlerregimes. Wir deutschen Kommunisten wollen unser deutsches Volk frei und glücklich sehen, deshalb sind wir die Todfeinde des Hitlerregimes. Wir deutschen Kommunisten wollen ein Volk aufrechter Männer, die die Wahrheit sagen und die Wahrheit anhören können, deshalb sind wir die Todfeinde des Hitlerregimes. Wir deutschen Kommunisten wollen nicht, daß unser Land das verhaßteste in der Welt wird, deshalb sind wir die Todfeinde des Hitlerregimes, das Deutschland verhaßt macht. Wir deutschen Kommunisten wollen nicht, daß Millionen deutscher Männer in einem neuen Krieg umkommen, daß unsere schönen Städte in einem Krieg verwüstet werden, daß das Kriegselend durch unser Land und durch andere Länder stampft. Deshalb sind wir die Todfeinde des Hitlerregimes, das unser Land in die Katastrophe des Krieges führt.

Darum heißt's heute tapfer sein und Deutschland dienen, der Todfeind des Hitlerregimes sein und dieses Regime mit allen Mitteln bekämpfen.

Wer ist tapfer? So fragen wir alle Deutschen. Der hochbezahlte Nazi-bonze, der in Saus und Braus lebt, dessen Reden sich jeder anhören muß, ohne das Recht zu haben, widersprechen zu können, geschützt durch die Gestapo – oder der deutsche Kommunist, der unter Lebensgefahr seine Arbeitsgefährten, seine Freunde und Bekannten aufklärt, ermutigt und, wenn er von den Schergen der Gestapo ergriffen wird, aufrecht sein furchtbares Schicksal erträgt?

Wer ist ein wahrer, ein treuer Diener des deutschen Volkes? Die Krupp, Thyssen, Mannesmann, die Rüstungsmillionäre, die sich vom deutschen Volke Milliarden für Rüstungen zahlen lassen, die vom Hitlerregime mit Ehren überschüttet werden, die sich Führer nennen, weil sie Milliarden besitzen – oder der deutsche Kommunist, der unbestechlich, unbeirrt, tagaus, tagein unter größter persönlicher Gefahr die Wahrheit an das Volk heranbringt, den Widerstand gegen die Ausbeutung, gegen den Krieg organisiert, der keinen anderen Lohn kennt als das Bewußtsein, für die Befreiung Deutschlands, für die Rettung Deutschlands vom Hitlerregime zu kämpfen?

**Wer ist tapfer? Die Goebbels, die das Radio und die Presse ausnützen, um die Wahrheit vor dem Volke zu verbergen, um das Volk mit chauvinistischen Phrasen in den Krieg zu hetzen, die unser Volk blind machen wollen, um es in den Abgrund zu führen – oder der deutsche Kommunist, der die Wahrheit durch die Flüsterpropaganda verbreitet, der illegale Sender bedient, der Flugblätter verbreitet, der Verbindungen mit allen Volksschichten herstellt, der jeder Lüge der Nazipropaganda die Wahrheit entgegenstellt?**

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,

Zentrales Parteiarchiv, St 3/708, Bl. 173.

Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin),

1960, Heft 3, S. 564/565.

Autorenkollektiv

## **Deutschland im ersten Weltkrieg.**

### **Band 1**

Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914.

515 S., Leinen,  
25,— M.

### **Band 2**

Januar 1915  
bis  
Oktober 1917.

800 S., Leinen,  
35,— M.

### **Band 3**

November 1917  
bis  
November 1918.

604 S., Leinen,  
25,— M.



**Akademie Verlag · Berlin**

**Deutsche Demokratische Republik**

 **Morning Star** ★

 **I'Humanité**

Приветствие всех стран, союзников!  
**КРАУТИНЕНСКОЕ ПАРТИ СОВЕТСКОГО СОЮЗА**  
**ПРАВДА**  
Газета основана 5 мая 1912 года в. н. Ленинград **Орган Центрального Комитета КПСС**  
№ 207 1988 г. Куйбышев, 12 ноября 1971 г. № 1

**Zeitung**  
vom Ierzebürger Vollek

**UZ**  
SOZIALISTISCHE  
VOLKZEITUNG

**Trybuna Ludu**

Proletariat aller Länder, vereinigt euch!  
**NEUES DEUTSCHLAND**  
ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

**International beachtet!**  
**Arbeiterzeitungen -**  
**Kommunistische Zeitungen**

**UZ**  
**Unsere Zeit**  
**Zeitung der DKP**

**Dr. Wenzel-Verlag GmbH**  
4100 Duisburg-Beeck · Pothmannstraße 12

## MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Die „Marxistischen Lehrbriefe“ vermitteln in sechs Serien populärwissenschaftlich – nicht in verflachter Form! – anhand der konkreten politischen Praxis die Hauptwissensgebiete des Marxismus.

### Serie A: Gesellschaft und Staat

- 1 Wie der Mensch zum Menschen wurde
- 2 Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten I. (Von der Urgemeinschaft z. Entwickl. d. Feudalismus)
- 3 Die marxistische Lehre v.d. Klassen und d. Klassenkampf (Einführung)
- 4 Die marxistische Lehre vom Klassenkampf II
- 5 Was lehrt der Marxismus über den Staat?
- 6 Die Entstehung des Kapitalismus
- 7 Der utopische Sozialismus
- 8 Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
- 9 Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
- 10 Der wissenschaftliche Sozialismus Der Marxismus zur nationalen Frage (in Vorbereitung)

### Serie B: Arbeit und Wirtschaft

- 1 Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
- 2 Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
- 3 Gibt es noch Kapitalismus in der BRD?
- 4 Automation – Freund oder Feind?
- 5 Die Wirtschaft in der DDR Teil I, Industrie
- 6 Die Industrie der Sowjetunion Struktur – Standorte – Zahlen
- 7 Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
- 8 Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
- 9 Das neue ökonomische System in der DDR

### Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

- 1 Reformation u. Bauernkrieg (1517-25)
- 2 Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
- 3 Deutschland im 17. u. 18. Jahrhundert
- 4 Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
- 5 Wie d. deutsche Arbeiterbewegung entstand
- 6 Deutschland i.d. Revolution v. 1848
- 7 Roter Oktober 1917
- 8 Die deutsche Arbeiterbewegung 1849-63
- 9 Die Novemberrev. 1918 i. Deutschland

- 10 Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg
- 11 Der Untergang d. Weimarer Republik
- 12 Aus d. Leben u. Wirken v. Karl Marx
- 13 Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
- 14 Die Pariser Kommune 1871
- 15 Friedrich Engels, Leben und Wirken
- 16 Die deutsche Arbeiterbewegung von 1919-1923
- 17 Der Faschismus an der Macht u.d. antifaschistische Widerstand 1933-1939
- 18 Der zweite Weltkrieg und der Widerstandskampf d. deutschen Arbeiterklasse

### Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

- 1 Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945-1949)
- 2 Von Potsdam nach Bonn Wie Deutschland gespalten wurde (1945-1949)
- 3 Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
- 4 Probleme des Dialogs zwischen Marxisten und Christen
- 5 Worin besteht die faschistische Gefahr in der BRD?
- 6 Die Militarisierung der BRD (1949-56)
- 7 Der Kampf der arabischen Völker gegen Imperialismus und Zionismus Der Befreiungskampf der Völker Angolas, Guineas und Mocambiques gegen den portugiesischen Kolonialismus (in Vorbereitung) Der Befreiungskampf der Schwarzen in den USA (in Vorbereitung)

### Serie E: Das moderne Weltbild

- 1 Geschichte – Zufall oder Gesetz?
- 2 Die Grundfrage der Philosophie
- 3 Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
- 4 Freiheit in marxistischer Sicht I.
- 5 Freiheit in marxistischer Sicht II.
- 6 Einführung in die marxistische Dialektik
- 7 Dialektik
- 8 I – III

### Serie F: Kultur und Fortschritt

- 1 Wer hat Kultur?  
Aber wer macht sie?  
(wird fortgesetzt)

Jeder Marxistische Lehrbrief hat einen Umfang von rund 20 Seiten und kostet 1,- DM zuzüglich Zustellgebühr.

Bestellungen über den Buchhandel oder den Verlag.

## MARXISTISCHE BLÄTTER

Die „Marxistischen Blätter“ sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.

Der Preis je Einzelheft beträgt ab Januar 1972 DM 3,— plus Zustellgebühr und im Abonnement DM 15,— plus Zustellgebühr.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

**Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.**

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. Schleifstein (Köln) u.a.

### Themen des Jahrgangs 1971:

- Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus
- Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit
- Heft 3 Neue Erscheinungen im Imperialismus
- Heft 4 Politische Parteien in der BRD
- Heft 5 Methoden zur Integration der Arbeiterklasse in den staatsmonopolistischen Kapitalismus
- Heft 6 Arbeiterklasse und Kultur

### Themen des Jahrgangs 1972:

- Heft 1 Umweltschutz und Gesellschaft
- Heft 2 Bürgerliche und sozialistische Demokratie
- Heft 3 Kapitalistische und sozialistische Integration
- Heft 4 Wirtschaftskrisen unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus
- Heft 5 Arbeiterklasse und Bündnispolitik
- Heft 6 Zur Europapolitik

**Bestellungen über den Buchhandel oder den**



**VERLAG  
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH**

6 Frankfurt/Main, Hedderheimer Ldstr. 78a